

NACHRICHTEN

Jahresrechnung der Liechtensteinischen Post AG

VADUZ – Die Regierung hat in ihrer Sitzung vom 4. Mai 2004 den Geschäftsbericht und die Jahresrechnung 2003 der Liechtensteinischen Post AG zur Kenntnis genommen. Die Liechtensteinische Post AG konnte im Geschäftsjahr 2003 das beste Jahresergebnis seit dem Bestehen der Aktiengesellschaft ausweisen. Mit einem Reingewinn von 2 Mio. Franken wurde das Budget, welches einen Gewinn von 1,5 Mio. Franken vorsah, deutlich übertroffen. Zu diesem erfreulichen Ergebnis hat in erster Linie die positive Entwicklung des Betriebsertrages beigetragen, der 3,5 Prozent über dem des Vorjahres lag. Am deutlichsten fiel dabei die Umsatzsteigerung bei den Dienstleistungen und Produkten ausserhalb des postalischen Kerngeschäfts aus. Die Umsätze im Kerngeschäft blieben stabil, während sie im Bereich Finanzdienstleistungen leicht rückläufig waren. Der höhere Betriebsertrag konnte mit den insgesamt gleich hohen Personal- und Betriebsaufwendungen wie im Vorjahr erzielt werden. Ebenfalls zum positiven Ergebnis beigetragen hat das Finanzergebnis. Aufgrund der Erholung der Börse haben die Erträge und Gewinne auf den Finanzanlagen die budgetierten Werte übertroffen.

Für das Geschäftsjahr 2003 waren 1 Mio. Franken an Investitionen vorgesehen. Mit getätigten Investitionen von 0,4 Mio. Franken wurde das Budget nur mit 40 Prozent ausgeschöpft. Die wichtigsten Investitionen des Geschäftsjahres 2003 betreffen Investitionen in die Infrastruktur und Sicherheit der Poststelle Vaduz, Anschaffungen und Leistungsoptimierungen im Informatikbereich und neue Fahrzeuge und Roller.

Die budgetierten, aber nicht getätigten Investitionen betreffen Vorhaben, welche sich zeitlich verzögert haben und im Geschäftsjahr 2004 ausgeführt werden. Geplant ist der Aufbau eines Logistik- und Verteilcenters in Schaan sowie Investitionen in die Schaltergeräte in allen Poststellen. (paf)

Liechtenstein unterstützt den Int. Strafgerichtshof

VADUZ – Die Regierung unterbreitet dem Landtag den Bericht und Antrag betreffend das Übereinkommen vom 9. September 2002 über die Vorrechte und Immunitäten des Internationalen Strafgerichtshofs (International Criminal Court, ICC). Der Strafgerichtshof und sein Personal sowie andere Verfahrensbeteiligte sollen Vorrechte und Immunitäten erhalten, wie sie üblicherweise den Leitern diplomatischer Missionen zukommen. Für weitere Personengruppen – Mitarbeiter des ICC sowie Anwälte, Sachverständige, Opfer und Zeugen wird sichergestellt, dass sie als Verfahrensbeteiligte ihre mit dem ICC zusammenhängenden Rechte und Pflichten ungehindert wahrnehmen können. Dadurch unterstützt das Übereinkommen die effektive und uneingeschränkte Funktionsfähigkeit des ICC.

Das Übereinkommen ist noch nicht in Kraft getreten, weil die erforderliche Anzahl von zehn Vertragsstaaten noch nicht erreicht werden konnte. Da die Umsetzung des Römer Statuts ohne Einhaltung des Übereinkommens über die Vorrechte und Immunitäten nur eingeschränkt möglich wäre, wird die Ratifikation des Letzteren von allen Vertragsstaaten des Römer Statuts erwartet. Liechtenstein ist seit dem 1. Juli 2002 Vertragspartei des Römer Statuts. (paf)

LGU: Mitgliederversammlung am 6. Mai im Naturmuseum

VADUZ – Heute Donnerstag, um 18 Uhr führt die Liechtensteinische Gesellschaft für Umweltschutz LGU ihre Mitgliederversammlung durch. Die Versammlung findet im Medienraum des Landesmuseums statt. Anschliessend lädt die LGU zur Stärkung bei Apéro mit Imbiss ein. Um 19.30 Uhr wird Michael Fasel, Leiter der naturkundlichen Sammlung, durch das Naturmuseum führen und das Konzept der gelungenen Ausstellung erläutern: vom Berg- über den Wald- zum Talraum. (LGU)

Nachhaltige Finanzpolitik

Regierung Hasler präsentiert Landesrechnung 2003 mit Ertragsüberschuss

VADUZ – Sämtliche Eckwerte des Finanzleitbildes wurden in der Landesrechnung 2003 eingehalten. Trotz des wirtschaftlich angespannten Umfeldes konnte das Reinvermögen Liechtensteins um 48,7 Mio. Franken gesteigert werden. Der sparsame Umgang mit den Staatsfinanzen habe sich bezahlt gemacht, stellte Regierungschef Otmar Hasler fest.

• Peter Kündli

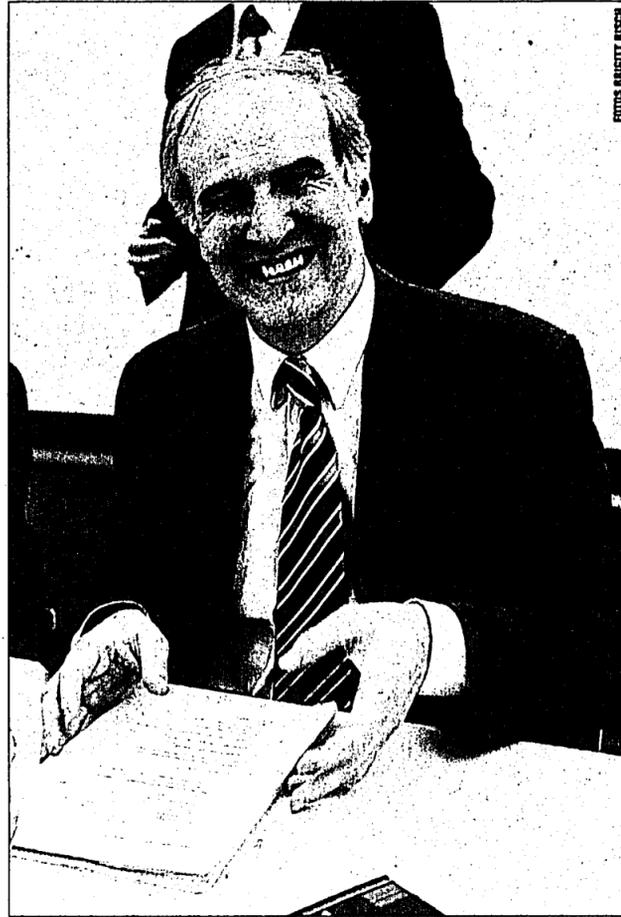
Sparsamkeit und eine nachhaltige Finanzpolitik trugen zu einer positiven Landesrechnung im Jahr 2003 bei: Zum ersten Mal seit mehreren Jahren wurde sogar ein Minus bei den Ausgaben verzeichnet. Die Sparmassnahmen der Regierung Hasler greifen und erhalten eine positive Finanzlage Liechtensteins.

Obwohl die Steuer- und Abgabenerträge die budgetierten Erwartungen klar verfehlten, konnte im operativen Bereich dank erheblicher Minderaufwendungen und tieferen Abschreibungen auf das Verwaltungsvermögen ein Ertragsüberschuss von 6,8 Mio. Franken erzielt werden. Dieses zufrieden stellende Ergebnis aus der ordentlichen Staatstätigkeit wird ergänzt durch ein ausserordentlich gutes Resultat aus der externen Bewirtschaftung der Reservekapitalien in der Höhe von 42 Mio. Franken. Im Gesamtergebnis bedeutet dies, dass im laufenden Haushalt ein Ertragsüberschuss von 48,7 Mio. Franken resultiert. Mit diesen erfreulichen Zahlen werden auch die durch das Finanzleitbild geforderten fünf Eckwerte vollumfänglich erfüllt.

Weniger Steuereinnahmen

Bei den Fiskalabgaben wurden die budgetierten Erwartungen um 58,7 Mio. Franken verfehlt. Besonders ins Gewicht fielen dabei die Mindereinnahmen aus der Kapital- und Ertragssteuer in Höhe von 33,6 Mio. Franken, bei welcher sich die stark rückläufigen Gewinne der tätigen Verbandspersonen im für die Steuerberechnung relevanten Bemessungsjahr 2002 auswirkten. Des Weiteren konnten auch bei den Stempelabgaben sowie den Mehrwertsteuererträgen die veranschlagten Werte um 24 Mio. Franken resp. 18 Mio. Franken nicht erreicht werden.

Erfreulicherweise wurde ein Teil dieser Mindereinnahmen durch deutlich höhere Erträge aus der Couponsteuer in Höhe von 27 Mio. Franken aufgefangen. Zum Ergeb-



Erfreuliche Landesrechnung mit Überschuss: Regierungschef Otmar Hasler konnte die Früchte der nachhaltigen Finanzpolitik präsentieren.

nis beigetragen haben jedoch auch die Vermögenserträge aus der ordentlichen Staatstätigkeit, welche die Annahmen des Voranschlags um 23 Mio. Franken übertrafen.

Weniger Aufwendungen: 49 Millionen gespart

Als Positivum stehen den Mindereinnahmen aber auch geringere Aufwendungen gegenüber. «Der budgetierte Ausgabenrahmen von 700 Mio. Franken konnte gesamthaft um 49 Mio. Franken unterschritten werden», betonte der Regierungschef. Bei den Aufwendungen des Eigenkonsums (Personalkosten, Sachaufwand, Passivzinsen) ergaben sich Unterschreitungen von rund 21 Mio. Franken. Um 7 Mio. Franken unter den Limiten des Voranschlags lagen auch die Aufwendungen für die Subventionen, Beitragsleistungen und Defizitanteile an Dritte. Die grösste Abweichung gegenüber dem Voranschlag wiesen jedoch die Finanzzuweisungen an die Gemeinden auf. Als Folge der geringeren Steuereinnahmen lagen diese um 30,7 Mio. Franken unter

den Annahmen. Im Endergebnis resultierte aus dem ordentlichen Verkehr ein Ertragsüberschuss von 7 Mio. Franken, während das Budget unter Berücksichtigung der notwendigen Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen noch von einem Aufwandüberhang von 13 Mio. Franken ausging.

Mehr investiert

Die Nettoinvestitionen des Berichtsjahres beliefen sich bei Bruttoausgaben von 127 Mio. Franken und investiven Einnahmen von 17,3 Mio. Franken auf 109,7 Mio. Franken. Sie lagen damit um 13,7 Mio. Franken über den Limiten des Voranschlags. Ursache dafür bildeten in erster Linie die vom Landtag beschlossene Erhöhung der Beteiligung an der Liechtenstein TeleNet AG sowie der zum Budgetierungszeitpunkt noch nicht abschbare Kauf der Botschaftsresidenz in Berlin, während v.a. die budgetierten Investitionen bei den Sachgütern um CHF 6 Mio. unausgeschöpft blieben, was in zeitlichen Verzögerungen bei der Projektierung und Ausführung von Bau- und Anschaffungsvorhaben begründet war.

Minderausgaben für Darlehen

Auch ergaben sich Minderausgaben für Darlehen von rund 3,1 Mio. Franken, welche in erster Linie auf die Abnahme der privaten Bautätigkeit zurückzuführen war, indem

NEUE ANLAGESTRATEGIE: ERFOLG

Vermögensbewirtschaftung erfolgreich

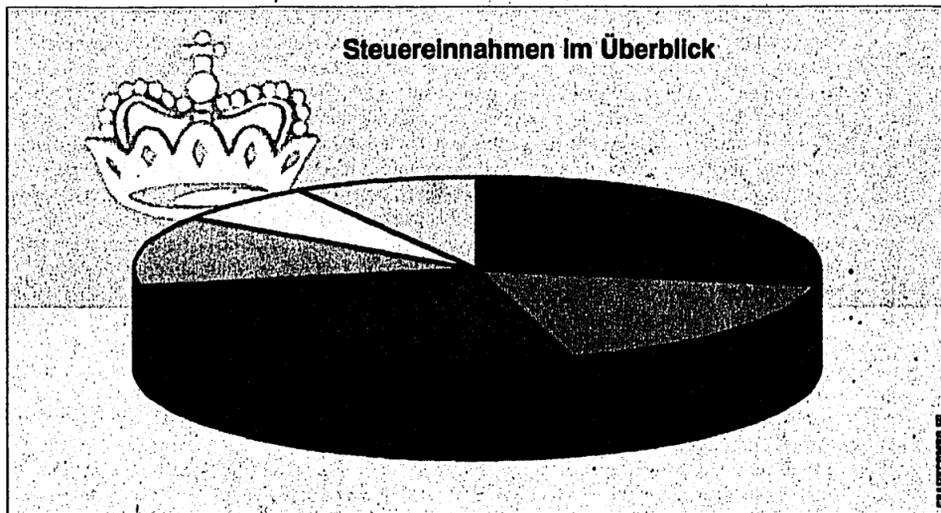
VADUZ – Regierungschef Otmar Hasler und Rainer Beck (Bild), Leiter der Landeskasse, zeigten anlässlich der Präsentation der Landesrechnung 2003 auf, dass das Land Liechtenstein sein Vermögen neu bewirtschaftet. Mit Erfolg, wie die Zahlen zeigen.



42 Millionen Franken Gewinn konnten im vergangenen Jahr aufgrund einer neuen Vermögensbewirtschaftung – und auch aufgrund der positiveren Börsensituation – erwirtschaftet werden. 42 Millionen Franken, die Volksvermögen darstellen. Mit der alten Strategie, die vor einigen Jahren ausgearbeitet wurden, mussten in der Vergangenheit Verluste (45,7 Mio. im Jahr 2001 und 78,9 Mio. im Jahr 2002) hingenommen werden.

Das bisherige Konzept wurde anfangs 2003 durch ein neues Konzept abgelöst, in welchem die Experten der Verwaltung den externen Managern klare Strategievorgaben erteilen. «Die Strategie ist vorsichtig und langfristig», so Otmar Hasler. Durch Pauschalgebühren konnten rund 2,5 Mio. Franken an Verwaltungskosten eingespart werden. Des Weiteren bietet das neue Konzept grössere Transparenz und eine rasche Feststellung der Performance. (pk)

Steuereinnahmen im Überblick



Die Steuereinnahmen im Überblick: Mit 27 Prozent ist die Mehrwertsteuer die grösste Einnahmequelle (dunkelblau). Die weiteren Positionen: Kapital- und Ertragssteuer (grün / 17 Prozent), besondere Gesellschaftsteuer (rot / 15 Prozent) und die Couponsteuer (rosa / 12 Prozent). Die restlichen Einnahmen resultieren aus Zollerträgen (violett), Stempelabgaben (hellblau), Vermögens- und Ertragssteuer (gelb) sowie Übrige (grau).

sich die Anträge für die Förderung des Wohnungserwerbs stark verminderten.

Gesamtrechnung mit Überschuss

Als Zusammenzug der Teilrechnungen schloss die Gesamtrechnung 2003 trotz hoher Investitionsausgaben dennoch mit einem Finanzierungüberschuss von 7,6 Mio. Franken ab, während der Voranschlag noch mit einem Fehlbetrag in Höhe von 9,5 Mio. Franken gerechnet hatte.

Obacht: Sozialstaat erhalten!

Regierungschef Otmar Hasler ermahnte aber am Mediengespräch, dass die Verwaltung weiterhin auf Effizienz und Kostenverträglichkeit geprüft werde. Es gehe auch darum, Anstrengungen vorzunehmen, um den Sozialstaat zu erhalten. «Hier sind weitere Anstrengungen nötig.